
***Pegida* als leerer Signifikant, Spiegel und Projektionsfläche – eine Einleitung**

Tino Heim

Als der Herausgeber dieses Bandes am 5. und 6. Dezember 2014 ein Blockseminar an der Leuphana-Universität in Lüneburg zum Problemfeld von Rassismus und Wohlstandschauvinismus im Kontext jüngster gesellschaftlicher Transformationen mit besonders anschaulichen und aktuellen Beispielen beleben wollte, löste das nur Irritation aus, denn wer oder was war ‚*Pegida*‘? War im gewohnten Arbeits- und Lebensumfeld in Dresden eine zivilgesellschaftliche und akademische Auseinandersetzung mit den seit dem 20. Oktober 2014 jeden Montag in stetig wachsender Zahl demonstrierenden ‚Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes‘ längst unvermeidbar geworden, gab es im Rest der Republik noch kaum mediale Resonanz für dieses lokale Phänomen. Als am 8. Dezember die Teilnehmendenzahl (nach Polizeischätzung) die 10.000er-Marke sprengte, kam es jedoch auch bundesweit zu einer wahren Aufmerksamkeitsexplosion. Eindrückliche Bilder fahnenstrotzender schweigender ‚Spaziergänge‘ und leuchtender Handys vor der abendlichen Kulisse der Dresdner Altstadt, laute „Lügenpresse“- und „Volksverräter“-Chöre, polemische Reden Lutz Bachmanns und Kathrin Oertels und diffus ‚empörte‘ ‚demokratie-‘ und ‚medienkritische‘, oft chauvinistische und rassistische oder auch nur wirre Äußerungen von Demonstrierenden waren auf allen Kanälen zu bestaunen. Die Frage, wer oder was *Pegida* sei, was die ‚Spazierenden‘ um- und antreibe, wofür die Bewegung stehe und was sie wolle, beschäftigte die Politikleute und Feuilletons aller großen Zeitungen. Und während die sächsische Landesregierung auf die Demonstrationen lange mit den üblichen Taktiken des Ignorierens, Relativierens und Leugnens der hier sichtbar werdenden Problemlagen reagiert hatte, schaffte es *Pegida* zum Ende des Jahres bis in Bundestagsdebatten, ja sogar in die Neujahrsansprache der Kanzlerin. Auch das Unwort des Jahres 2014 verdankte sich der Bewegung, die der durch den nationalsozialistischen Gebrauch diskreditierten Parole ‚Lügenpresse‘ neue Popularität verliehen hatten.

Wiederholten Prognosen eines Endes von *Pegida* nach der Spaltung Anfang 2015 zum Trotz blieben die umstrittenen Teilnahmezahlen selbst in Flauteperioden stets vierstellig,¹ und auch bundesweit etablierte sich *Pegida* als zentrale Bezugsgröße politischer und medialer Debatten wie auch von Comedy- und Satireformaten. Für eine Vielzahl von Themenfeldern und Diskursen ist dabei eine *Pegida*-Referenz beinahe obligatorisch geworden. So bei Islam-Islamismus-Islamisierung, Fremden-, Islam- und Homosexuellenfeindlichkeit, Rassismus-Ethnozentrismus-Chauvinismus, ‚Politikverdrossenheit‘, Krise der Demokratie, Postdemokratie, Autoritarismus, Medienkritik. Aber auch in Debatten um Sachsens ‚Rechtsextremismus-Problem‘, die ostdeutsche Vergangenheit und den Rechtsruck in anderen ehemals staatssozialistischen Ländern, um Asylpolitik, globale Migration und Integration oder auch um sogenannte ‚europäische Werte‘ und ‚deutsche Kultur‘ sind *Pegida*-Bezüge häufig. Dass *Pegida* all diese Diskursfelder – entgegen der Selbstdarstellung – zwar nicht eröffnet, aber erfolgreich okkupiert hat, zeigt sich in einer kaum noch überschaubaren Flut von Zeitungsartikeln.² Aber auch an akademischer Aufmerksamkeit von Seiten der „Geschwätzwissenschaften“, wie Tatjana Festerling sie nannte, mangelte es nicht, waren doch zeitweilig auf denselben Demonstrationen mehrere Forschungsteams unabhängig voneinander aktiv.³

Im inzwischen zweiten Jahr nach der Gründung stellt sich daher in mehrfacher Hinsicht die Frage, ob eine weitere Publikation zu *Pegida* sinnvoll ist. Akademisch scheint vieles, was sich mittels empirischer Befunde über die Motivlagen und die

-
- 1 Vgl. zur Kritik der deutlich zu hoch angesetzten Angaben und der Schätzungsmethoden bei *Pegida*, aber auch der sächsischen Polizei: Rucht 31.1.2015. Auch den relativ zuverlässigen Zahlen von ‚Durchgezählt‘ zufolge mobilisierte *Pegida* jedoch selbst in der Frühjahrs- und Sommer-‚Flaute‘ 2015 wöchentlich zwischen 1.500 und 3.500 Menschen (vgl. <http://durchgezaehlt.org/pegida-dresden-statistik/>, Zugriffen: 4.2.2016).
 - 2 Beispielsweise bringt es *Pegida* in der ZEIT und ZEIT Online seit der ersten Erwähnung am 1.12.2014 in einem Artikel zur Integrationsproblematik (Bangel 1.12.2014) und dem ersten ausführlichen Artikel (Jacobsen 2.12.2014) binnen 15 Monaten bis zum 14.3.2016 auf Erwähnungen in 806 Artikeln zu den oben genannten und weiteren Themenspektren. Ähnlich in der FAZ, die vom 18.11.2014 bis zum 14.3.2016 852 Artikel verzeichnet.
 - 3 Quantitative Erhebungen wurden von einem Team von 58 Forscher*innen um Dieter Rucht (WZB/Verein für Protest und Bewegungsforschung), einem Team um Franz Walter (Institut für Demokratieforschung, Universität Göttingen) sowie von Teams um Hans Vorländer (TU Dresden), Werner J. Patzelt (TU Dresden) und Wolfgang Donsbach (TU Dresden) durchgeführt. Hinzu kamen zahllose teilnehmende Beobachter*innen, etwa Studierende um den Dresdner Kulturosoziologen Karl-Siegbert Rehberg. Nachdem am 12.1.2015 gleichzeitig die großen Teams um Rucht, Vorländer und Walter und zahllose weitere Beobachter*innen aktiv waren, kursierte in Dresden der Witz, um Sozialwissenschaftler*innen aus ganz Deutschland zu treffen, sei *Pegida* der beste Ort.

sozialstrukturelle Zusammensetzung der Teilnehmenden sagen lässt, inzwischen gesagt.⁴ Auch die Reden und Positionierungen zeigen kaum neue Entwicklungen. Sie bieten schließlich meist nur eine Art ‚Presseschau‘ der letzten Woche, die Anlass zu je tagesaktuellen Neuaufgüssen der stets gleichen Muster von Medien- und Politikschmähung sowie der Fremden- und Islamfeindlichkeit ist.⁵ Zugleich gäbe es gesellschaftliche und politische Gründe, *Pegida* die weitere Aufmerksamkeit – aus der die Bewegung die Bestätigung ihrer Relevanz zieht – zu verweigern. So ließe sich durchaus begründet fragen, warum eine wöchentliche Ansammlung von 2.000-5.000, gelegentlich auch von 10.000-20.000 frustrierten und brüllenden Sachsen und Sächsinen so viel mehr mediale und politische Resonanz erfährt als die stumme, aber weit größere und vielfältigere Massenbewegung der Geflüchtetenhilfe oder als zahlenmäßig größere und hinsichtlich der politischen Problemfelder mindestens ebenso relevante Massenproteste wie die gegen TTIP. Ebenso berechtigt ist die Frage, welche gesellschaftlichen und politischen Funktionen und Effekte es hat, wenn in einer Zeit drängender ökologischer, sozialer, ökonomischer und geopolitischer Verwerfungen und Strukturkrisen ausgerechnet die von *Pegida* und der AfD besetzen Themen des nationalen und europäischen Abwehrkampfes gegen Geflüchtete die mediale und politische Agenda dominieren und zum beinahe alleinbestimmenden Thema von Wahlkämpfen werden. Das gleiche gilt für die Frage, warum die ‚Lücke‘ zwischen Politik und ‚Volk‘ – die zu anderen Teilen der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft ebenso gewachsen ist – gerade in Richtung der bei *Pegida* und der AfD artikulierten ‚Sorgen‘ bzw. wohlstandschauvinistischen und rassistischen Ressentiments und Exklusionsforderungen geschlossen werden soll.⁶

Wenn die Publikation der hier vorgelegten Befunde, Interpretationen und Erklärungsangebote gleichwohl sinnvoll erscheint, so weil solche Fragen nach den Wechselwirkungen zwischen *Pegida*, Politik, akademischen Expert*innen und

-
- 4 Trotz aller Kritik an den größeren quantitativen Untersuchungen und v. a. an der Interpretation der Daten und obwohl angesichts der Verslossenheit vieler Spaziergänger*innen Verzerrungseffekte in den Stichproben berücksichtigt werden müssen, geben die zentralen Studien in grundlegenden Befunden zur sozialstrukturellen Zusammensetzung, zu den Motivlagen und politischen Orientierungen etc. ein recht übereinstimmendes Bild, auf das in verschiedenen Beiträgen noch zurückzukommen ist. Vgl. Vorländer et al. 2016; Daphi et al. 2015; Patzelt 2015a; Geiges et al. 2015 und vergleichend: Reuband 2015.
 - 5 V. a. in Reden der ‚Lokalmatadore‘ Lutz Bachmann, Tatjana Festerling und Sigfried Däbritz bildet die kommentierte Vorstellung aktueller Darstellungen *Pegidas* und *pegida*relevanter Themen in den Medien meist weit über die Hälfte des Redeanteils. Zum Phänomen und seiner Deutung vgl. Heim i. d. B., v. a. I.4.
 - 6 Vgl. zu entsprechenden Befunden und ihren Einordnungen mit unterschiedlicher Ausrichtung etwa Barp/Eitel, Steinhaus/Heim/Weber sowie Heim i. d. B.

Medien im Fokus des freien Forschungs- und Diskussionszusammenschlusses standen, aus dem dieser Band hervorgegangen ist.

1 **Ambivalente Wechselwirkungen und offene Forschungsfragen**

Obwohl *Pegida* von Anfang an die politische Auseinandersetzung und das zivilgesellschaftliche Engagement der an dieser Publikation Beteiligten herausgefordert hat, konnte die Bewegung selbst zunächst kaum unser Erkenntnisinteresse wecken. Entgegen vielfältiger Behauptungen, dass *Pegida* ein neuartiges, unerwartetes und irritierendes Phänomen sei, dem die Sozialwissenschaften ratlos gegenüberstünden und das sie vor ganz neue Herausforderungen stelle, schienen die offiziellen Stellungnahmen des Organisationsteams, die Interviews mit *Pegida*-Demonstrierenden oder das reichhaltige Material an Kommentaren und Beiträgen in entsprechenden Internetforen weder in der Form, noch im Inhalt viel neuartiges oder überraschendes zu enthalten. Und auch dass die bei *Pegida* auf die Straße getragenen Einstellungen, Weltbilder und Forderungen in Deutschland und Sachsen weit verbreitet sind und gerade in den gesellschaftlichen Mittelschichten ihren festen Ort haben, war alles andere als neu.

Aufschlussreicher und untersuchenswerter schienen uns deshalb die Formen, in denen Vertreter*innen politischer, akademischer und medialer Entscheidungs- und Deutungseliten, der politischen Bildung und der Behörden auf *Pegida* reagierten und sich zu *Pegida* positionierten. Auch die überaus ambivalente Form, in der sich umgekehrt *Pegida* zu den zugleich abgelehnten und als Autorität anerkannten und angerufenen Instanzen aus Medien, Politik und Wissenschaft verhielt, warf Fragen auf. Dabei schienen nicht nur *Pegida* selbst, sondern vor allem auch an den spezifischen Konstellationen dieser Wechselwirkungen mit Politik und Medien zahlreiche Symptome genereller gesellschaftlicher Krisen und Transformationsprozesse hervorzutreten. *Pegida* kann insofern einerseits als eine Art Spiegel verstanden werden, in dem vielfältige in medialen und politischen Diskursen dominante Deutungsmuster und Kollektivsymboliken, aber auch zahlreiche soziale Verwerfungen, Transformationsprozesse und nationale und globale Krisenkonstellationen in spezifischer Form reflektiert und gesteigert sichtbar werden.⁷ Dank der uneinheitlichen, oft

7 Dass und wie gerade Parteien der „politischen Mitte“ in verschiedenen Asyl-, Flüchtlings-, Ausländerkriminalitäts- und Sozialmissbrauchsdiskursen fremdenfeindliche Einstellungen vielfach adressierten, reproduzierten und oft taktisch beförderten und

selbstwidersprüchlichen und je nach Ereignislage und Diskursklima rasch wechselnden Äußerungen und Positionierungen der *Pegida*-Organisator*innen und -Sprecher*innen scheint *Pegida* zudem für die Spaziergänger*innen selbst wie für verschiedenste andere Interpreten aus Politik, Medien und Wissenschaft als ‚leerer Signifikant‘⁸ zu fungieren, der mit nahezu beliebigen Bedeutungen aufgeladen werden kann. Das gilt gesteigert, da *Pegida* selbst sich über endlose Ketten weiterer ‚leerer Signifikanten‘ definiert: die ‚jüdisch-christliche Abendlandkultur‘, ‚europäische Werte‘, ‚Volk‘ und ‚Volkswillen‘, ‚Nation‘, ‚kulturelle Identität‘ etc. *Pegida* bildet damit auch eine ideale Projektionsfläche, wobei die Deutungen von und die Positionierungen zu *Pegida* oft mehr über die Dispositionen der Sprecher*innen, über die Strukturen und Funktionen der Organisationen und Institutionen, die sie vertreten, oder über die Logiken und Paradoxien des Zusammenspiels von Parteipolitik, medialer Öffentlichkeit, „wissenschaftlicher“ Expert*innenkultur und sozialen Bewegungen verraten, als über die Bewegung selbst.

Die verbindende Ausgangshypothese des Forschungs- und Diskussionszusammenschlusses war es vor diesem Hintergrund, dass sich die gesellschaftlichen Ursachen, Bedingungen, Relevanzen und Effekte der *Pegida*-Bewegung nicht hinreichend aus der sozialen Herkunft, der Mentalität oder den Motivationslagen der Demonstrierenden verstehen lassen. Stattdessen galt es, systematischer als bisher die Relationen und Wechselwirkungen zu untersuchen, die sich zwischen *Pegida* und anderen Akteur*innen und Institutionen, aber auch mit weiterreichenden gesellschaftlichen Strukturzusammenhängen, systemischen Logiken, Widersprüchen und Entwicklungsdynamiken herstellen. Entsprechend liegt der Fokus dieses Bandes einerseits auf der Analyse von Diskursen und Kollektivsymboliken, aber auch von politischen und soziokulturellen Praxen, Entwicklungsverläufen und Konfliktlagen. Auf dieser Ebene sind oft widersprüchliche wechselseitige Abgrenzungen und Bezugnahmen zwischen *Pegida*, Parteipolitik, Bildungsträgern, Medien, Expert*innenkultur und anderen sozialen und politischen Strömungen rekonstruierbar. Andererseits und zugleich gehen wir der Frage nach, wie sich die in diesen Analysen hervortretenden Charakteristika und Paradoxien in weitreichendere gesellschaftliche Dynamiken und Krisenkonstellationen einordnen und aus diesen erklären lassen. Das Verhältnis der Entscheidungs- und Deutungseliten

geschürt haben, ist prinzipiell lange bekannt (vgl. u. a. Wichert 1995; Jäger/Link 1993). In Positionierungen von *Pegida* treten allerdings generelle Implikationen und Konsequenzen der dabei verwendeten Kollektivsymboliken und der sich in ihnen ausdrückenden Ressentiments gesteigert zutage.

8 Vgl. zur besonderen Bedeutung solcher leerer Signifikanten für die moderne Politik: Laclau 2002.

zu anderen Bevölkerungsteilen oder konkrete journalistische, politische, sozialwissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Reaktionen auf *Pegida* spielen dabei ebenso eine Rolle wie die strukturelle Krise der Repräsentativdemokratie und der politischen Partizipation, die Transformationen des Sozialstaats, die Rolle der Konstrukte von ‚Nation‘ und ‚Volk‘ in der Moderne oder langfristige Entwicklungs- und Krisendynamiken des Kapitalismus und seiner geopolitischen Konstellationen.

Während den hier formulierten übergreifenden Anspruch je konkret erst die einzelnen Beiträge einlösen können, sind vorab einige Worte zur Erläuterung dieser Schwerpunktsetzung und zum Status der hier vorgelegten Analysen und Thesen angebracht.

Zunächst scheint es durchaus begründungsbedürftig, wenn das Auftreten von *Pegida* hier als wenig überraschend und die Bewegung an sich als nicht sonderlich interessant eingestuft wird. Der mediale ‚Hype‘, die politische Aufregung und das große sozialwissenschaftliche Interesse, auf das die Dresdner ‚Spaziergänge‘ trafen, spricht schließlich eher im Gegenteil für einen erheblichen Neuigkeits- und Aufmerksamkeitswert. Zudem deuten etwa die pop-, konsum- und eventkulturellen Ausformungen der montäglichen ‚Spaziergänge‘ (vgl. Heim i. d. B.) zumindest in dieser Vordergründigkeit durchaus auf eine neue Form rechtspopulistischer Protestbewegung hin. Auch die Diagnose, dass hier „ein neuer Typ von Empörungsbewegung öffentlich in Erscheinung“ trete, „der keinen spezifischen Protest artikuliert, sondern einen diffus bleibenden Aufschrei gegen alles inszeniert, was mit ‚offizieller‘ Politik und Medien in Verbindung gebracht werden kann“ (Vorländer et al. 2016: 2), scheint zutreffend, obgleich die Annahme einer Singularität *Pegidas* dahingehend zu relativieren ist, dass dieses Merkmal auch andere Protestbewegungen der letzten Dekade kennzeichnet, die Peter Ullrich (i. d. B.) als postdemokratische Bewegungen deutet. Doch die Inhalte und Deutungsschemata oder die Positionen, die von *Pegida* artikuliert wurden, rechtfertigten kaum die von vielen Beobachter*innen angesichts des Mobilisierungserfolges bei *Pegida* ausgedrückten ‚Irritationen‘ und Schockerlebnisse.⁹ Die Reden und Forderungen reproduzierten Argumentationsmuster des Neo-Rassismus, Ethnozentrismus und Chauvinismus, die ebenso zum altbekannten Standardrepertoire rechter und populistischer Bewegungen gehören, wie identitäre Demokratiekonzepte, in denen ein imaginärer einheitlicher und gleichgerichteter Volkswille postuliert wird, der

9 Bei Geiges et al. (2015) wird eine allgemeine Stimmung in den Diskursen der Anfangszeit *Pegidas* dahingehend zusammengefasst, dass die Bewegung „aus dem Nichts entstanden“ zu sein schien (ebd.: 11). Dass „keine andere Protestbewegung“ der letzten Jahre „in ihrer Dynamik so sehr überrascht hat wie die ‚Pegida‘“ (Reuband 2015: 133), gehört ebenso zu den standardisierten Einleitungssätzen zu Texten über *Pegida* wie die Bekundung von „Irritation“ und „Sorge“ (Vorländer et al. 2016: 2).

jedoch nur negativ – durch die Abgrenzung von Eliten, Minderheiten und Fremden – bestimmbar ist.¹⁰ Auch konnte nicht wirklich überraschen, dass es in der Bevölkerung durch entsprechende Anrufungen adressierbare fremdenfeindliche, rassistische, antiziganistische und sexistische Dispositionen sowie gruppenbezogene Exklusions- und Abwertungsstrategien und Einstellungsmuster gibt, da deren weite Verbreitung kontinuierlich untersucht und dokumentiert worden war. Die viel diskutierten empirischen Langzeitstudien zum ‚Syndrom gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘¹¹ (Heitmeyer et al. 2002ff.) oder Diagnosen und Befunde zur Zunahme von exklusiver Solidarität und ‚Wohlstandschauvinismus‘ (vgl. u. a. Dörre et al. 2013) mögen dabei in den Kategorien, Interpretationen und Erklärungen im Einzelnen umstritten sein; ihre grundlegenden Befunde werden von allen relevanten Studien unterstützt. So ließen sich die latenten Potenziale und Dynamiken hinter *Pegida*, wie Frantzmänn (2015: 144ff.) zeigt, auch in der *Europäischen Wertestudie* von 2008 ablesen. Denn kaum anderswo hingen „Islamophobie und Demokratieskepsis so eng zusammen wie in Ostdeutschland“, und bei der Ablehnung von Menschen muslimischen Glaubens als Nachbar*innen wies Ostdeutschland EU-weit die höchsten Werte nach Litauen auf und lag „selbst vor Nord-Zypern“, direkt gefolgt von Westdeutschland und Österreich (ebd.: 145).

Insgesamt schien das eigentlich Erstaunliche also nicht das Auftreten von *Pegida* und AfD selbst, sondern das allgemeine Erstaunen darüber, das auf erhebliche gesellschaftliche Verdrängungsleistungen in Bezug auf öffentlich vorliegenden Befunde hindeutet. Im vorliegenden Band behandelt der Beitrag von Stefan Fehser die Entwicklung von *Pegida* und deren Effekte daher als einen Prozess der *Offenlegung und Entfesselung bestehender Dispositionen*. Statt einer plötzlichen Radikalisierung der Mehrheitsbevölkerung fand hier eher eine „Demaskierung“ statt. Indem lange in Latenz gehaltene Formen der menschenfeindlichen Abwertung aber vermehrt ans Tageslicht treten, begünstigt dies auch eine Enthemmung, die sich in der Zunahme von offen artikuliertem Hass oder von Übergriffen äußert.

10 In diesem Band spielen entsprechende Mechanismen der Konstruktion eines vermeintlichen ethnischen oder kulturellen Identitätskerns durch multiple Abgrenzungen v. a. in den Beiträgen von Knopp; Drobot/Schroeder sowie Heim eine größere Rolle. Dort finden sich auch entsprechende weitere Literaturhinweise.

11 Von einem *Syndrom gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* wird gesprochen, wenn verschiedene Phänomene als Symptome derselben Grunddisposition korreliert auftreten. Die untersuchten Elemente sind konkret: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Etabliertenvorrechte sowie die Abwertung von Obdachlosen, Behinderten, Asylsuchenden, Sinti und Roma oder Langzeitarbeitslosen.

Im hier skizzierten Kontext erwies sich auch ein anderer oft als ‚überraschend‘ kommunizierter Befund als überaus erwartbar: Dass alle Studien darauf hindeuteten, dass die Teilnehmenden überproportional vollwerbstätige, konfessionslose Männer mittleren Alters mit guten Bildungsabschlüssen und Einkommen sind, widersprach allenfalls gängigen Klischeebildern rechter Orientierungen als Eigenschaft einer ‚dumpfen‘, bildungsfernen Unterschicht. Denn dass chauvinistische und rassistische Orientierungen und eine autoritäre Adressierbarkeit und Aktivierbarkeit in Umbruchs- und Krisensituationen vor allem Merkmale der Mittelschichten sind, die tatsächlich oder gefühlt etwas zu verlieren haben, gehört zu den ältesten und am häufigsten bestätigten Befunde der Autoritarismus-, Faschismus- und Rechtsradikalismusforschung.¹² Auch dass in der Ablehnung des Islam und anderen Einstellungen zwischen den Befragten bei *Pegida* und ‚normalen‘ CDU-Mitgliedern kaum Unterschiede bestehen,¹³ *Pegida* also „im Hauptstrom deutschen Meinens“ schwimmt (Patzelt 2015a: 51) und die Übergänge zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus fließend sind, ist weder ein überraschender Befund, noch ist er dazu angetan, das Problem von Rassismus und Chauvinismus zu relativieren. Schließlich hat der verbale Chauvinismus und (Neo-)Rassismus in den Volksparteien und Massenmedien solche Einstellungen oft gerade nicht pazifiziert, sondern manifest rechtsradikale Orientierungen gefördert und rechtsradikalen *Taten* die Applikationsvorgaben und Argumente geboten, deren Übersetzung in die Praxis fremdenfeindlicher Gewalt der Politik dann wieder Argumente liefert, offensiv gegen die Anlässe des ‚Volkszorns‘ – d. h. die Fremden – zu argumentieren und vorzugehen. Dieses Wechselspiel ist etwa für die Pogromwelle gegen Geflüchtetenunterkünfte 1993, die vorangegangenen politischen und medialen Bedrohungsszenarien einer ‚Asylantenflut‘ und die nachfolgende Einschränkung des Asylrechts durch die

-
- 12 Vgl. die in der Grundtendenz vergleichbaren Befunde bei Geiges et al. 2015: 61-70; Patzelt 2015a; Daphi et al. 2015: 11-20; Vorländer et al. 2016. Dass „vom Sozialprofil her die Demonstranten als ‚Normalbürger‘ erschienen“, soll laut Reuband (2015: 135) „verbreiteten Annahmen widerspr[e]chen“. Ähnlich fanden es Vorländer et al. (2016) „[b]emerkenswert“, dass viele der Befragten „einer geregelten Beschäftigung nachgehen“. Auch sei „[b]emerkenswert“, dass „ein großer Teil [...] über einen hohen Bildungsabschluss verfügte“ und „die Mehrheit [...] nicht von den sozioökonomischen Rändern der Gesellschaft stammte“, sondern „über dem sächsischen Durchschnitt“ verdiente (ebd.: 60ff.). Auch Patzelt (2015a) wurde nicht müde zu betonen, dass die sozialstrukturelle ‚Normalität‘ der Demonstrierenden alle bisherigen Vermutungen und Urteile revidiere.
- 13 In Patzelts (2015a) Worten gibt es bei *Pegida* freilich keine Ablehnung, Ausgrenzung oder gar Feindschaft (solche Worte sind ausschließlich für das Gegenlager reserviert), sondern allenfalls ein „Empfinden, Deutschland übernehme sich bei der Zuwanderung von Asylbewerbern. Innerhalb dieser Sorge äußert sich zwar obendrein etliche Islam- und Muslimskepsis; doch die ist nicht stärker ausgeprägt als bei der CDU“ (ebd.: 27).

Reform des Artikels 16 des Grundgesetzes gut belegt (vgl. Wichert 1995; Jäger/Link 1993; Jäger et al. 1993). Ähnliche aktuelle Wechselwirkungen werden auch in diesem Band herausgearbeitet. In einer Analyse von Diskursen und Praxen der sächsischen Landesregierung zeigt etwa der Beitrag von Steinhaus, Heim und Weber (i. d. B.), dass viele der heute bei *Pegida* manifesten Positionen schon lange in Positionspapieren und Rhetoriken der Landes-CDU enthalten waren, deren Deutungsmuster etwa des Rechtsradikalismus im Freistaat als bloßes durch Hetzkampagnen ‚der Medien‘ erzeugtes ‚Phantom‘ auch *Pegidas* pauschalisierende Kritik an der ‚Lügenpresse‘ vorwegnahm. Der Beitrag von Knopp (i. d. B.) zeigt in den Reden *Pegidas* vielfältige Berührungspunkte und Schnittmengen mit anderen Diskursen – etwa um den ‚aktivierenden Sozialstaat‘ und ‚Sozialschmarotzertum‘. Schließlich nimmt auch der abschließende Beitrag von Heim (i. d. B.) als Ausgangspunkt den Befund einer ‚epistemologischen Komplizenschaft‘ zwischen *Pegida*, Politik und Medien, die bei und trotz aller wechselseitigen Abgrenzung und Entfremdung dieselben erkenntnis- und handlungsleitenden Deutungsmuster, Narrative und Kollektivsymboliken reproduzieren.

Selbstverständlich lassen sich die Motive und erst recht die Anlässe und Ursachen von *Pegida* nicht auf den Komplex der Abgrenzung und Abwertung anderer Gruppen reduzieren, da sie – wie in diesem Band v. a. Ullrich und Heim zeigen – auch Symptome, Ausdrucksweisen und Verarbeitungsformen einer tiefgreifenden Krise der Repräsentativdemokratie und der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Teilhabe sind. Vor diesem Hintergrund ist es kaum erstaunlich, dass Islamfeindlichkeit oder Islamisierungängste nicht das hauptsächliche Teilnahmemotiv waren, sondern – neben Unzufriedenheit mit der Asylpolitik – die Medienschelte und Unzufriedenheit mit dem politischen System der BRD überwogen (vgl. Vorländer 2016 et al.: 67). Schließlich sind die Ablehnung medialer und politischer Eliten und eine Deutung von Demokratiedefiziten als Verrat ‚der Politik‘ am ‚Volk‘ oder die autoritäre Forderung einer identitären Einheit der führenden Elite mit einem als homogen imaginierten ‚Volkswillen‘ von jeher tragende Motive des Rechtsradikalismus (vgl. Rensmann 2006).

Dass *Pegida* trotz vieler längst offensichtlicher Befunde so viel Erstaunen auslöste, hat mit vielfältigen Formen der Verleugnung und Verdrängung entsprechender Problemlagen oder mit ihrer projektiven Auslagerung auf vermeintliche Ausnahmen, Ausfälle und Minderheitenpositionen zu tun, die in verschiedenen Beiträgen des Bandes analysiert werden. Einen der fraglos wichtigsten Ansätze stellt dabei das extremismustheoretische und normalistische Paradigma dar, in dem extreme Positionen per Definition an den extremen Rändern verortet werden, während die normale ‚Mitte‘ als frei davon imaginiert wird. Der Beitrag von Barp und Eitel i. d. B. arbeitet heraus, welche Effekte und Funktionen dieses Paradigma auch in

der Relativierung der Inhalte und Formen der Äußerungen bei *Pegida* im Diskurs akademischer und politischer Deutungseliten erneut zeitigte. Hier wie in anderen Analysen fällt auf, dass in Politik und Medien, aber auch im akademischen Diskurs – besonders in Dresden selbst – bemerkenswert projektive Bilder den Umgang mit der Bewegung bestimmen. Dies verlieh den öffentlichen Debatten und medialen Inszenierungen um *Pegida* ein noch merkwürdigeres Erscheinungsbild. Denn während Akteur*innen aus Politik, politischer Bildung und Zivilgesellschaft stets betonten, dass sich über *Pegida* eigentlich nichts wissen ließe und sich voreilige Urteile verbieten, fällten sie zugleich stets sehr klare Urteile darüber, wer oder was *Pegida* sei, was die Teilnehmenden ‚wirklich‘ bewegt und wie und warum die ‚Ängste‘, ‚Sorgen‘ und Forderungen gerade dieser Menschen ernst zu nehmen seien. Der Beitrag von Keller und Berger (i. d. B.) arbeitet exemplarisch Formen und Konsequenzen solcher Narrative von ‚Angst‘, ‚Sorge‘ und ‚Furcht‘ heraus. In den Debatten verdrängt die (Selbst-)Zuschreibung eines subjektiven Empfindens der negativen Betroffenheit die Auseinandersetzung mit den objektivierbaren Inhalten, Forderungen und Konsequenzen dieser ‚Angstkommunikation‘, die keineswegs auf eine Thematisierung und Verarbeitung der Empfindungen abzielt, sondern aus der behaupteten ‚Angst‘ exklusorische, abwertende und rassistische Forderungen ableitet. Solche projektiven Bilder blockieren eine adäquate wissenschaftliche, politische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit den in Frage stehenden Einstellungen. Denn subjektive Sicherheitsempfindungen und Ängste der *Pegida*-Teilnehmenden lassen sich weder adäquat empirisch messen, noch sind sie politisch verhandelbar, sie lassen sich im doppelten Sinne nur *behaupten*. Statt zur Versachlichung der Debatte verleiten Angstnarrative zudem zur impliziten Parteinahme für die ‚Verängstigten‘, und wo Ängsten nicht mit Argumenten begegnet, sondern diese als *politische Argumente* ernst genommen werden, begründen sie eine Position der Einwandsimmunität, da subjektive Empfindungen durch Fakten und Argumente nicht zu widerlegen sind.

Die Wirkungen solcher projektiver Bilder im Diskurs um *Pegida* sind auch ein Grund dafür, dass Beiträge dieses Bandes stärker als bisherige Untersuchungen den Fokus auf ‚Selbstzeugnisse‘ *Pegidas* legen, die in Positionspapieren und Erklärungen, v. a. aber in den Reden, auf Transparenten, in Sprechchören oder in Presseinterviews dokumentiert sind. Der erstaunlich geringe Umfang, in dem dieses reichhaltige Material bislang ausgewertet wurde,¹⁴ überrascht angesichts

14 Vorländer et al. (2016: 31ff.) gehen nur überblicksartig auf die Reden ein. Auch in den stärker qualitativ ausgerichteten Untersuchung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, dessen Fokusgruppendifkussionen einen wichtigen Beitrag zur Erschließung kollektiver Wahrnehmungen bieten (vgl. Geiges et al.: 89-130), spielen die Reden eine

der Rolle, die die Reden bei *Pegida* spielen. Denn der kollektive Jubel, mit dem die ‚Lokalmatadore‘ und auswärtige Stargäste begrüßt werden, sowie der häufige ‚Szenenapplaus‘ und die Begleitchöre zeigen, dass die Reden bei den montäglichen Events im Zentrum des Vergemeinschaftungserlebnisses stehen. Jenseits weniger und zudem größeren Wert auf allgemeine kommunikative Anschlussfähigkeit legender Positionspapieren liegen zudem keine schriftlichen Erklärungen der Bewegung vor, was die Reden zur primären Quelle macht, um die von *Pegida* als Orientierungsrahmen aufgegriffenen und angebotenen Topoi, Deutungsmuster und Kollektivsymboliken zu erschließen.

In Kontrast zu politischen und akademischen Relativierungen, die davon ausgingen, der offen chauvinistische und rassistische oder islam- und homosexuellenfeindliche Inhalt und Ton sei zu vernachlässigen, da die Teilnehmenden nicht genau wüssten und verstünden, was da geredet wird, oder es ihnen zumindest gleichgültig sei,¹⁵ erkennen diese stets genau die passenden Einsatzstellen für die Volkschöre. Dass die Auswahl aus dem Repertoire der die Reden sekundierenden Parolen – „Volksverräter“, „Lügenpresse“, „Abschieben“, „Widerstand“, „Merkel muss weg“, „faules Pack“, „wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ etc. – dabei zu den Reden passt, spricht dafür, dass das ‚normale Volk‘ diese bewusst verfolgt und nicht *trotz*, sondern *wegen* ihrer Inhalte und Formen anwesend ist. Obwohl dies nicht die Zustimmung aller Teilnehmenden zu jedem Punkt impliziert, kann davon ausgegangen werden, dass die in den Reden formulierten Weltdeutungen und Forderungen hinreichend kompatibel mit den Orientierungen der Rezipient*innen sind, um keinen Widerspruch auszulösen. Dies gilt zumal, wenn die in den Reden und anderen Selbstzeugnissen zutage tretenden Topoi und Einstellungen sich in den Gruppendiskussionen (vgl. Geiges et al. 2015) ebenso wiederfinden wie in den hohen Zustimmungswerten zu Indikatoren für Rassismus. Immerhin stimmten in Patzelts (2015a) Befragung vom Mai 2015 92 % der Befragten der Aussage zu, „Wer Deutschland nicht mag, soll Deutschland verlassen!“, 88,1 % der Aussage, „Wer in Deutschland Einfluss will, sollte erst einmal etwas für unser Land leisten!“ (ebd.: 61), woran auch der erhebliche Interpretationsaufwand nichts ändert, mit dem Patzelt nahezulegen sucht, dass auch diese Äußerungen ‚nicht so gemeint‘ seien.¹⁶

untergeordnete Rolle. Ausführlicher werden sie nur innerhalb des einleitend gezeichneten dichten Stimmungsbildes der Spaziergänge thematisiert und nicht systematisch ausgewertet.

15 Vgl. zu den ‚Sie wissen nicht, was sie tun‘-Argumenten im Diskurs sächsischer Eliten: Barp/Eitel i. d. B.

16 „Für PEGIDA-Demonstranten scheint die Aussage, wer Deutschland nicht mag, solle Deutschland eben verlassen, im Übrigen mehr nach einer Selbstverständlichkeit zu klingen (‚Warum soll man bleiben, wo es einem nicht gefällt?‘) denn als Ausdruck von

Allerdings geht es den hier vorliegenden Beiträgen nicht primär um den leicht zu führenden Nachweis, dass sich in Selbstzeugnissen von *Pegida* Einstellungen zeigen, die dem ‚Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ oder dem Wohlstandschauvinismus zugerechnet werden können. Erst recht geht es nicht darum, durch entsprechenden Kategorien *Pegida* für Einstellungen zu diskreditieren, deren breite gesellschaftliche Verteilung in diesem Band ja ebenso gezeigt wird (vgl. Fehser i. d. B.) wie ihre feste Verankerung und Reproduktion in zahlreichen Diskurs- und Praxisfeldern (u. a. Knopp & Steinhaus/Heim/Weber i. d. B.). Vielmehr geht es darum, die sozialstrukturelle Verteilung dieser Dispositionen, ihre Bedingtheit in gesellschaftlichen Logiken und ihre Wechselwirkungen mit anderen Instanzen zu verstehen und zu erklären. Die Frage ist daher weniger, wie die bei *Pegida* hervortretenden Einstellungen und Motivlagen zu bewerten sind, sondern vielmehr, in welche gesellschaftlichen Bedingungskonstellationen sie sich einordnen lassen: Woher stammen die Deutungsmuster, Narrative und Kollektivsymboliken, die *Pegida* aufgreift, reproduziert und nutzt, und wie verhält sich die Form ihrer Verwendung bei *Pegida* zu anderen politischen und medialen Verwendungsweisen? (Vgl. Drobot/Schroeder; Knopp; Steinhaus/Heim/Weber; Heim i. d. B.) Wie bestimmen konkrete Semantiken und Narrative in den politischen, medialen und wissenschaftlichen Diskursen die Grenzen des Wissens und Sprechens über *Pegida* und des Verhaltens zu den dort hervortretenden Dispositionen? (Vgl. Keller/Berger & Barp/Eitel i. d. B.) Wie lassen sich *Pegida* und andere jüngere Protestbewegun-

Radikalität“. Auch „die Ansage, wer in einem Land Einfluss wolle, solle zunächst einmal für dieses Land etwas leisten“, habe als „Denkfigur über den Zusammenhang zwischen Einfluss und Leistung [...] mehr mit Fairness und Patriotismus als mit Rassismus zu tun.“ (Patzelt 2015a: 61f.; vgl. zum Zusammenhang von Meritokratie und Rassismus den Beitrag von Heim i. d. B.) Zudem würden weniger Befragte jener These zustimmen, „die direkt auf kulturell-rassistische Grundeinstellungen abzielt: ‚Niemand sollte in einem Land leben, in das er aufgrund seiner Kultur, seiner Religion, seines Verhaltens oder seines Aussehens nicht passt!‘“ Schließlich wolle „nur“ „jeder zweite Befragte, – gleichwie – ‚Andersartige‘ lieber aus seinem Land haben [...]“. Doch mehr als ein Fünftel widerspricht dieser durchaus als ‚kulturalistisch-rassistisch‘ zu bezeichnenden Position“ (ebd.: 61). Es gäbe also zwar „Empörung“, die sich „offenkundig aus dem Einwanderungsgeschehen“ speise, doch der „Befundkomplex liefert durchaus keine guten Gründe dafür, alle PEGIDA-Demonstranten mit einem umfassenden Rassismus-Vorwurf zu überziehen“ (ebd.: 62). Dazu ist zweierlei zu bemerken: a) Befunde über statistische Verteilungen rechtfertigen grundsätzlich *nie* Pauschalurteile über *alle* Individuen. Dem Vf. ist jedoch auch keine sozialwissenschaftliche Position bekannt, aus der solche Pauschalurteile gefällt wurden. b) Zum „differenzierenden Blick“, den fraglos braucht, wer „das PEGIDA-Phänomen wirklich verstehen will“ (ebd.: 61), müsste auch die Bereitschaft gehören anzuerkennen, dass auch wenn sicher nicht jede*r Pegidist*in Rassist*in ist, die Zustimmungswerte zu entsprechenden Indikatoren überaus hoch sind.

gen in der Geschichte sozialer Bewegungen und Protestformen in der Moderne verorten und welche Transformationen und Krisen treten in ihnen zutage? (Vgl. Ullrich; Drobot/Schroeder i. d. B.) Wie schließlich lassen sich all diese Aspekte und Elemente innerhalb des Struktur- und Funktionsgefüges moderner, d. h. kapitalistischer und repräsentativdemokratischer Gesellschaften einordnen? Auf welche strukturellen Widersprüche der Repräsentativdemokratie reagieren Bewegungen wie *Pegida* und warum tun sie es in dieser Form? Inwiefern sind die bei *Pegida* hervortretenden Dispositionen nicht nur individuelle Einstellungen, sondern eine Notwendigkeit im Funktionsgefüge von globaler Kapitalakkumulation, nationaler Politik und sozialstaatlichem Krisenmanagements, und welche sich zuspitzenden Krisendynamiken der letzten Dekaden stehen hinter *Pegida* und dem Umgang mit *Pegida*? (Vgl. Heim i. d. B.)

Erkennbar nehmen die Beiträge dieses Bandes schon in der Form dieser Fragestellungen eine dezidierte Gegenposition zur Selbstdeutung *Pegidas*, aber auch zu bisherigen politischen und akademischen Auseinandersetzungen ein. Zudem vertreten viele Beiträge bewusst kontroverse Positionen und zielen auf die Einordnung der beobachteten Phänomene in komplexe Zusammenhänge und Bedingungsgefüge, die als solche weder unmittelbare ‚Evidenz‘ beanspruchen noch direkt auf die gesicherte Basis dessen rekurrieren können, was in einem reduzierten Wissenschaftsverständnis als ‚harte empirische Fakten‘ gelten könnte. Vor diesem Hintergrund scheinen noch einige klärende Worte zur Methodologie, zum Selbstverständnis und zum Status der hier vorgelegten Untersuchungen angebracht.

2 Methodologische Probleme und der Status wissenschaftlicher Analysen gesellschaftlicher Widersprüche, politischer Konflikte und sozialer Bewegungen

Viele Debatten um die bisherigen Studien zu *Pegida* waren um Fragen der Methodik zentriert. In der Kritik wie in der Verteidigung ging es primär um Erhebungsverfahren und Stichprobenziehung, um Ausschöpfungsquoten und mögliche Verzerrungseffekte, etwa durch die unterschiedliche Verteilung von Kooperationsbereitschaft unter den Befragten oder durch soziale Erwünschtheit des Antwortverhaltens.¹⁷ Detaillierten Kritiken an der Repräsentativität oder oft auch nur

17 Demonstrierende nutzen Demonstrationsbefragungen stets auch, um eigene Positionen und Motivation öffentlich in möglichst weithin anschlussfähiger Form darzustellen.

Behauptungen der Nicht-Repräsentativität der Daten standen dann Betonungen der Korrektheit von Erhebungsverfahren und Auswertung gegenüber,¹⁸ mit der einige Akteur*innen auch ihre Interpretationen und dezidiert politischen Stellungnahmen gegen Einwände zu immunisieren suchten.¹⁹ Abgesehen davon, dass Fragen nach der ‚Repräsentativität‘ der Studien kaum endgültig zu beantworten

Gerade wo Protestierende sich so massiver Kritik ausgesetzt sahen, wie im Fall *Pegidas*, werden Fragen, die dezidiert die politische Verortung oder fremdenfeindliche Einstellungen betreffen, stets im Bewusstsein der Beobachtung und antizipierter Wirkungen beantwortet. Dies muss bei Antworten zur politischen Selbstverortung berücksichtigt werden. Dass sich eine Mehrheit der Teilnehmenden ‚genau in der Mitte‘ (vgl. Vorländer et al. 2016: 65) verortet oder 70 % der Befragten es gut fänden, wenn an PEGIDA-Demonstrationen „keine Rechtsradikalen oder Rechtsextremisten teilnahmen!“ (Patzelt 2015a: 20), ist von solchen Faktoren nicht unbeeinflusst. Aus entsprechenden Antworten zu folgern, dass „von einem ‚Rechtsruck‘ nichts zu erkennen“ sei und jede andere Deutung „nur unter der Annahme“ möglich wäre, dass die Interviewten „sich verstellen und die Interviewer belügen“ (ebd.), ist problematisch. Ein an der sozialwissenschaftlichen Methodenausbildung beteiligter Politologe könnte wissen, dass sich das Problem ‚sozialer Erwünschtheit‘ nicht auf eine Unterstellung von ‚Lügen‘ und ‚Täuschungsabsichten‘ reduziert.

- 18 In der öffentlichen Debatte wurde zwischen wissenschaftlicher Methodenkritik und bloßen Behauptungen der Nicht-Repräsentativität als rhetorisches Mittel in öffentlichen Auseinandersetzungen oft nicht adäquat unterschieden. So entwickelte sich die Kritik an der Vorländer-Studie v. a. in der Blogger-Szene, diese wurde in der Medienberichterstattung aber oft Wissenschaftler*innen zugerechnet. Vgl. zum Überblick über die Methodik der und die Methodenkritik an den bisherigen Studien Reuband 2015: v. a. 133-136.
- 19 Exemplarisch ist die ausführliche Replik auf die Kritik der politischen und medialen Positionierungen Patzelts durch Jennerjahn (2015), in der Patzelt sich selbst in der dritten Person bescheinigt, jener Wissenschaftler zu sein, „der Studierende eines Methodenseminars [...] von Anfang an die Dresdner PEGIDA-Demonstrationen hatte beobachten lassen, und der sich [...] von allen PEGIDA-Demonstrationen auch durch persönliche Präsenz ein Bild verschafft hatte. [...] Einen breiteren Erfahrungs- und Kenntnisfundus hatte schon Ende Dezember kein anderer Beobachter [...]. Deshalb wusste Patzelt – ganz anders, als so mancher Ferndiagnostiker – eben auch wirklich, wovon er redete, wenn er öffentlich über PEGIDA sprach. Er war also nicht darauf angewiesen, mangels eigener Kenntnisse einfach ins allgemeine Gerede einzustimmen. Zum Verdross anderer blieben seine Einschätzungen auch nicht ohne weites öffentliches Echo. Sie hatten ja auch den Vorzug, mit den in Dresden beobachtbaren Tatsachen übereinzustimmen.“ (Patzelt 2015b) So vielfältig und methodisch versiert Patzelts Empirie auch sein mag, ist es ein schwerer Kategorienfehler, eigene Beobachtungen mit ‚den Tatsachen‘ zu identifizieren und politische Wertungen als ‚empirische Fakten‘ zu verkaufen.

sind, wo die Grundgesamtheit nicht hinreichend bekannt ist,²⁰ wurde bei diesen Methodendebatten ein wesentlicher Punkt oft übersehen oder ausgeblendet. *Jede* Erhebung und erst recht *jede* Interpretation des Datenmaterials setzt das Fällen von *Begriffsentscheidungen* und die *Konstruktion* von Kategorien voraus, die weder durch die Daten, noch durch die gewählten Methoden vollständig bestimmt oder begründet sind und die, auch wo eine Studie geteilten Kriterien formaler Korrektheit der Methodik genügt, Entscheidungen und Konstrukte bleiben. In diese *jeder* empirischen Beobachtung vorausgehenden Entscheidungen und Konstruktionen gehen stets auch Präkonzeptionen aus Alltagsdiskursen, vorausgesetzten sozialwissenschaftlichen Glaubensbekenntnissen und Paradigmen, spezifische Effekte der gesellschaftlichen Position der Wissenschaft und der sozialen Stellung der Wissenschaftler*innen, aber auch politische und ethische Positionierungen und Wertungen der Beobachtenden ein. Insofern kann *keine* empirische Untersuchung für sich exklusiv den von Patzelt (2015b) für seine Studie behaupteten „Vorzug, mit den [...] beobachtbaren Tatsachen übereinzustimmen“, beanspruchen.

Ein Anspruch auf die Deckung von Beobachtungen mit davon unabhängigen Tatsachen führt letztlich nur zum Verlust der Kontrolle über die Implikationen und Konsequenzen der eigenen Kategorien und Begriffe, verleitet zur unreflektierten Reproduktion von unhinterfragten Wahrnehmungskategorien aus dem Gegenstandsbereich und zur Verwechslung von Parteinahmen und wissenschaftlichen Urteilen. Denn der Einfluss der politischen Einstellungen und der besonderen gesellschaftlichen Position der Wissenschaftler*innen auf ihre Wissensproduktion kann wissenschaftlich bestenfalls objektiviert und reflektiert, jedoch nie ausgeschaltet oder überwunden werden.²¹ Die „politischen Einfärbungen der Interpretationen“, die in den Einlassungen Patzelts „besonders meinungsfreudig und zugespitzt [...]“

20 Insbesondere die Dresdner Studien (Vorländer et al. 2016; Patzelt 2015a) haben es ihren Kritiker*innen durch voreilige Ansprüche auf Repräsentativität (v. a. in der medialen Präsentation der Ergebnisse) oft zu leicht gemacht, die reichhaltigen Befunde ihrer auch in der Abschöpfungsquote erfolgreichen Studien in toto mit Verweis auf die Fraglichkeit der Repräsentativität zurückzuweisen. Dass ein offenes Eingeständnis fehlender Repräsentativität und ein methodenkritisch reflektierter Umgang mit den Mängeln der eigenen Studien der Interpretation und dem Gehalt der Ergebnisse keineswegs schadet, zeigen Geiges et al. 2015 und Daphi et al. 2015.

21 Das hier nur angerissene Wissenschaftsverständnis ist der praxeologischen Wissenschaftstheorie Pierre Bourdieus verpflichtet, bei der die Kontrolle und Objektivierung weit über eine bloße kontrollierte Methodik hinaus v. a. die Forderung der sozialwissenschaftlichen ‚Objektivierung der Objektivierer‘, also eine Kritik der gesellschaftlichen Bedingungen und Verzerrungseffekte des wissenschaftlichen Erkenntnisstandpunktes, einschließt. Vgl. Bourdieu 1988; Bourdieu et al. 1991. Zum Wissenschafts- und Methodologieverständnis des Herausgebers, das – wie die Vorliebe für Begriffe der Konstruktion

vorgetragen“ wurden (Geiges et al. 2015: 65), sind dabei nicht das Hauptproblem. Problematisch an den im Diskurs um *Pegida* hervortretenden Formen einer akademischen Expert*innenkultur, die der Beitrag von Barp/Eitel (i. d. B.) detaillierter behandelt, ist vielmehr, dass die Parteinahmen in die mit dem Anspruch wissenschaftlicher Neutralität und Objektivität auftretende Kategorienbildung und in apodiktische Urteile über andere Analyseraster eingingen.²² Demgegenüber verbindet die Beiträge dieses Bandes ein Verständnis engagierter Wissenschaft, in dem der Mut zu zugespitzten Thesen und zur akzentuierten Markierung gesellschaftlicher Widersprüche, die immer auch politische Implikationen und Konsequenzen haben, nicht hinter dem Deckmantel einer Behauptung ‚unbestreitbarer empirischer Evidenz‘ verborgen werden soll. Stattdessen sollen begriffliche Konstruktionen und Kategorien, Analyseraster und Interpretationsangebote zur Deutung von Befunden als solche eingeführt werden, um sie für kontroverse wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Debatten nutzbar zu machen.

Die Sozialwissenschaften verhalten sich mit den Kategorien, die sie bilden, den Fragen, die sie stellen, und den Beobachtungsmethoden, die sie wählen, nie einfach nur passiv erkennend zu einer objektiven Wirklichkeit, sondern sind – ob sie wollen oder nicht – an der aktiven Konstruktion wissenschaftlicher und sozialer Wirklichkeit beteiligt. Sie sind dabei stets mit einem Gegenstandsbereich verstrickt, auf den sie zurückwirken – sei es, dass die Wahl ihrer Forschungsfragen und Kategorie auch mit Werturteilen verknüpft ist, sei es, dass die Fragen, die sie stellen, ein Antwortverhalten überhaupt erst herausfordern und orientieren, sei es, dass die Kategorien und Deutungen, die sie anbieten, auch für politische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen genutzt werden. Dabei gibt es zu *jeder* sozialwissenschaftlichen Kategorie und zu *jeder* sozialwissenschaftlichen Deutung

und Entscheidung zeigt – auch luhmannsche Einfärbungen enthält, vor allem aber von Bourdieu, Marx und Foucault geprägt ist, vgl.: Heim 2013: 43-165.

- 22 Auffällig ist dies in Patzelts (2015a) Studie am sprachlichen Duktus: *Pegida*-Teilnehmende zeigen „durchaus“, „schon“ oder „zwar auch“ Einstellungen, die andere Studien als Ausdruck von Rassismus, Sexismus und Chauvinismus deuten, in Wahrheit sei all dies aber nur Ausdruck von Ängsten und „Sorgen um mögliche Begleitprobleme der Entstehung einer multikulturellen Einwanderergesellschaft“. Studien, die andere Kategorien verwenden, wird unterstellt, sie würden Menschen „mit dem ignoranten Argument“ diffamieren, wer sich „überhaupt Sorgen mache, der praktiziere letztlich nichts anderes als ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘, sei also ein Rassist“ (ebd.: 39). Zudem dient ein (zugeschriebenes) Selbstverständnis der Beobachteten als ‚Argument‘ gegen die Verwendung anderer wissenschaftlicher Begriffe: „Wer Abneigung schlechthin gegen Ausländer [...] als ‚Rassismus‘ bezeichnen will, der kann dann zwar knapp 43 % der heutigen PEGIDA-Demonstranten ‚Rassisten‘ nennen. Doch deren Selbstverständnis trifft er [...] damit durchaus nicht.“ (Ebd.: 59)

immer auch alternative Entscheidungsmöglichkeiten, die oft in direkter Opposition zueinander stehen. Hier ist Patzelt (2015a) in der Sache zuzustimmen, dass viele Einstellungen, die in Kategorien der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gefasst werden, auch als „Fremden-“ oder „Muslimfürchtigkeit“ beschrieben werden können. Was andere „Ausländerfeindlichkeit“ (bzw. ‚Rassismus‘)“ nennen, werden dann „Sorgen ob des Zusammenhalts unserer Einwanderungsgesellschaft“, was andere „Islamfeindlichkeit“ (bzw. ‚kulturalistischer Rassismus‘)“ nennen, werden „Sorgen ob der soziokulturellen und politischen Folgen einer Ausbreitung des Islam“, „Chauvinismus“ wird „Patriotisches Nationsempfinden“ (ebd.: 85) etc. Oft genug orientiert sich die Entscheidung für die eine oder andere Option auch an den moralischen und politischen Bedeutungsfeldern der Begriffe und impliziert als solche auch Parteinahmen. Dies trifft jedoch ersichtlich *beide* Seiten, erlaubt es also gerade nicht, die Gegenseite auf einen ideologischen, wertenden oder diffamierenden Begriffsgebrauch zu reduzieren, um der eigenen Begriffsentscheidung Objektivität und Neutralität zu attestieren. Ebenso wenig aber können sich wissenschaftliche Begriffsentscheidungen auf letztlich politische Parteinahmen reduzieren, mit denen reflexiv umgegangen werden muss. Der offene Umgang mit dem Konstruktionscharakter aller wissenschaftlichen Begriffsarbeit impliziert daher keine Ausflucht in Relativismus und Beliebigkeit, sondern die Aufgabe, die Kriterien der eigenen Begriffs- und Theorieentscheidungen transparent und unabhängig von Werturteilen nachvollziehbar darzustellen und über ihren Gebrauch nicht die politischen Sympathien, sondern ihre erkenntnisaufschließenden analytischen Gehalte entscheiden zu lassen – auch im Interesse ihrer kritischen Brauchbarkeit.²³

Obwohl alle Autor*innen dieses Bandes politisch eher dem linken Spektrum der Zivilgesellschaft zuzuordnen sind und ihre Beiträge auch als Beiträge zu einer engagierten Wissenschaft und zur ‚wissenschaftlichen Aufklärung‘ verstehen, sollte dies auch der Maßstab zur Beurteilung unseres Begriffsgebrauchs sein. Wenn in diesem Band für die Begriffe des Rassismus, Chauvinismus, des Ethnozentrismus, der exklusiven Solidarität, der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder auch des Fundamentalismus (Drobot/Schroeder i. d. B.) votiert wird, so nicht, um Menschen als Rassist*innen, Chauvinist*innen oder Menschenfeind*innen abzu-

23 Hier sei nur an Gramsci (1991ff.) erinnert, der gerade im Interesse der parteilichen Verwendbarkeit der Analysen forderte, diese nicht durch Parteinahmen und Ideale zu korrumpieren, und der den Einfluss politischer Ideale und Mythen auf den Marxismus mit „der Anwendung von Drogen“ verglich (ebd.: 1294), die kurzfristig die Kräfte steigern, langfristig aber jede realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Situation verhindern.

werten.²⁴ Vielmehr gehen wir davon aus, dass entsprechende Begriffe eine jeweils präzise anzugebende logische Struktur der diskursiven oder praktischen Abwertung, Ausgrenzung, Segregation anderer ethnisch, kulturell, biologisch, religiös etc. markierten Gruppen oder Behauptungen der Überlegenheit und exklusiver Ansprüche der ‚eigenen‘ Gruppe bezeichnen, deren Vorhandensein (oder Nicht-Vorhandensein) in konkreten Äußerungen, Praxisformen, institutionellen Gefügen und gesellschaftlichen Strukturen nachgewiesen werden kann. Solche Strukturen haben zudem je konkret auszuweisende ökonomische, politische, kulturelle, soziale und ideologische Funktionen und sind in den Funktionsarrangements moderner Gesellschaften – wie dem nationalen Sozialstaat, der Exklusivität von Staatsbürgerrechten oder in ethnisch und geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmärkten und globalen Ungleichheits- und Austauschbeziehungen verankert.²⁵ Insofern haben entsprechende Einstellungsmuster nicht den Charakter subjektiver moralischer Einstellungen, die Einzelnen oder Gruppen vorzuwerfen wären, sondern sind in objektivierbaren gesellschaftlichen Verhältnissen und Dynamiken begründet. Das unterscheidet entsprechende Begriffe von den in anderen politischen und akademischen Diskursen bevorzugten diffusen Begriffen subjektiver Befindlichkeiten der „Sorgen“, „Ängste“, „Nöte“ und „Fürchtigkeiten“, die *explizit* zutage liegende abwertende, diskriminierende und exklusorische Äußerungen nicht als solche erfassen und ihre Analyse durch eine Zurechnung auf *vermutete* irrationale individuelle Motivationslagen ersetzen, die als solche kaum empirisch nachweisbar sind (vgl. Keller/Berger i. d. B.).

Indem wie in diesem Fall verbreitete und oft unhinterfragt verwendete Kategorien, Diskurse und Semantiken selbst zum Ausgangspunkt und Gegenstand

24 Im Sinne einer ‚what goes around comes around‘-Argumentation ist dies ein wichtiger Winkelzug in der Argumentation von Patzelt (2015a), der sich allerdings in der Häufung rasch verbraucht. So wird der Gebrauch des Begriffs Rassismus auf die Absicht reduziert, jedem „*Andersdenkenden von vornherein durch Etikettierung als (kulturalistischer) ‚Rassist‘ seinen legitimen Status als ernstzunehmender Gesprächspartner zu entziehen*“ (ebd.: 56, Herv. i. O.). Zudem falle der Begriff explizit auf die Kritiker zurück, da wo jeder „gesellschaftlich folgenreiche[] und dabei geächtete[] Umgang mit jeglicher Art von Differenz“ so bezeichnet würde, auch „der Kampf gegen PEGIDA“ den „Tatbestand des kulturalistischen ‚Rassismus‘“ erfülle (ebd.: 57). Im Übrigen taucht diese Denkfigur auch bei *Pegida*, die sich ja als Opfer eines ‚Vernichtungskriegs gegen das deutsche Volk‘ einschätzen, häufig auf. Vgl. dazu in diesem Band u. a. die Beiträge von Knopp; Drobot/Schroeder und Heim.

25 Für Kenner orientieren sich viele Beiträge ersichtlich an Begriffen und Analyserastern, die etwa mit Balibar und Wallerstein (1992), Foucault (u. a. 1999), Jürgen Link (2013) etc. in Verbindung gebracht werden können. Die jeweiligen Begriffsverwendungen und ihre Bezüge werden in den einzelnen Beiträgen geklärt.

einer kritischen Analyse gemacht werden, nehmen viele Beiträge dieses Bandes die Eröffnung eines dezidierten Gegenfokus zu etablierten Deutungen und Wahrnehmungsschemata zum Ausgangspunkt. Methodologisch steht dahinter die Überzeugung, dass erst ein gezielter „epistemologischer Bruch“ mit dem Vorwissen und die Konstruktion eigener Fragestellungen und Begriffsraster es erlauben, Phänomene in einer eigenständigen wissenschaftlichen Form zu konturieren und in Zusammenhänge und Bezüge einzuordnen, die in anderen gesellschaftlichen Diskursen und für die beteiligten Akteur*innen gerade nicht offen zutage liegen. Eine entsprechende experimentelle Orientierung in den Deutungen, Interpretationen und Erklärungsansätzen und der Mut zu unkonventionellen Fragestellungen und Hypothesen oder auch zur gezielten *Umkehr der Denkvoraussetzungen* gängiger Deutungsschemata innerhalb des politischen, medialen und akademischen *Pegida*-Diskurses verbindet viele der hier vorgelegten Aufsätze. Dem liegt das in der französischen Epistemologie von Gaston Bachelard und Georges Canguilhem entwickelte und in den Sozialwissenschaften von Foucault und Bourdieu in konkrete Forschungsprogramme und eine ausgearbeitete Methodologie übersetzte (vgl. v. a. Bourdieu et al. 1991) Axiom zugrunde, dass eine unabhängige und reflexiv kontrollierte (sozial-)wissenschaftliche Analyse erst möglich wird, wenn sie vertraute Deutungsmuster, die sie in ihrem Gegenstandsbereich und in konventionellen akademischen Interpretationen vorfindet, nicht einfach übernimmt, sondern sie gezielt in Frage stellt. Dies verbindet sich auch mit einem spezifischen Verständnis von Kritik, die nicht moralisch über ihren Gegenstand befindet, sondern durch analytische Hinterfragung eingeschliffener Selbstverständnisse und Selbstverständlichkeiten bisher latente und unbewusste Bedingungsgefüge, Widersprüche und Strukturzwänge aufklärt, um die Möglichkeiten der Wahrnehmung und damit auch des möglichen Verhaltens zu verändern. In diesem Sinne versteht etwa auch Siegfried Jäger (2004) im Anschluss an Foucault die „Diskursanalyse als per se kritisch“ (ebd.: 10), nicht nur weil sie „brisante Themen aufgreift“ (ebd.: 224), sondern vor allem, weil sie gängige Wahrheiten und Erkenntniskategorien, in denen immer auch unhinterfragt Machtmechanismen und Herrschaftsverhältnisse reproduziert werden, aufbricht.²⁶

Ein solches Wissenschaftsverständnis impliziert trotz der konstruktivistischen Grundorientierung freilich gerade nicht, der eigenen Forschung eine Generalvollmacht zu erteilen, sich über die Niederungen der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand zu erheben, um beim theoretischen Blindflug über den Wolken auf

26 Vgl. zu einer ausführlichen Herleitung einer solchen, vom Vf. ‚kritisch-funktionale Analyse‘ genannten Methodologie Heim 2013: 119-165; zur dahinterstehenden Wissenschaftstheorie ebd.: 71-118.

Bodenkontakt zu verzichten und sich auf „die eigenen Bordinstrumente“ (Luhmann 1987: 13)²⁷ der Theoriebildung – respektive der Begriffsspekulationen – zu verlassen. Im Gegenteil geht es um einen Prozess, in dem Irritationen konventioneller Deutungsschemata, die sich in Auseinandersetzung mit dem Gegenstand ergeben, aufgenommen und in neuen, zunächst kontraintuitiven Fragestellungen, Hypothesen und Interpretationsrastern verarbeitet werden, die dann ihre Deutungs- und Erklärungskraft wieder in Auseinandersetzung mit den Phänomenen erweisen müssen. So konstatieren Drobot und Schroeder (i. d. B.), dass *Pegida* zwar stets beanspruchte, die ‚abendländische Moderne‘ und damit auch bestimmte ‚progressive‘ Werte und Orientierungen (Toleranz, Liberalismus, Pluralismus, Autonomie, Aufklärung etc.) gegen die äußerliche Bedrohung eines mit dem Islam identifizierten ‚Fundamentalismus‘ zu verteidigen, in den Organisationformen, Orientierungen und Zielstellungen aber sehr viele Charakteristika dessen aufweisen, was sie zu bekämpfen vorgeben.²⁸ Die daraus abgeleitete Leithypothese, dass *Pegida* selbst als ein fundamentalistisches Projekt (i. S. der Begriffe und Konzeptionen bei Riesebrodt und Eisenstadt) verstanden werden kann, bietet dann ein Interpretationsraster, das manche Bezugsprobleme, Eigenarten und vor allem auch Paradoxien und Widersprüche in den Diskursen und Praxen *Pegidas* in einem neuen Licht erscheinen lässt. Auch die leitende Hypothese von Steinhaus, Heim und Weber (i. d. B.) ergab sich erst in Auseinandersetzung mit dem Material. Der ursprüngliche Ansatz, Hintergründe von *Pegida* und der Unfähigkeit der Landesregierung, einen adäquaten Umgang damit zu finden, aus der durchaus nachweisbaren Vorwegnahme heutiger *Pegida*-Positionen in ultrakonservativen Rhetoriken der sächsischen CDU abzuleiten, erwies sich nur als Teilaspekt und sekundäres Problem gegenüber dem eskalierenden Widerspruch zwischen konservativer, patriotischer und chauvinistischer Rhetorik und einer neoliberalen verwaltungsorientierten Regierungspraxis. Der Beitrag von Ullrich schließlich gibt keine eindeutige Antwort auf die Frage, wie die postdemokratischen Protestbewegungen, zu denen er *Pegida* zählt, zu verstehen und zu erklären sind, sondern konturiert die Herausforderungen, vor

27 Vgl. Luhmanns (1987) Bordansage zum Theorie-Take-off: „Der Flug muß über den Wolken stattfinden, und es ist mit einer ziemlich geschlossenen Wolkendecke zu rechnen. Man muß sich auf die eigenen Instrumente verlassen. Gelegentlich sind Durchblicke nach unten möglich [...]. Aber niemand sollte der Illusion zum Opfer fallen, daß diese wenigen Anhaltspunkte genügen, um den Flug zu steuern.“ (Ebd.: 13)

28 Konkret wären dies etwa der Rückbezug auf eine als authentisch imaginierte Tradition oder die Forderung nach der Verteidigung oder Restituierung einer in sich stabilen und identitären ‚Kultur‘ oder auch die Verbindung der Ablehnung vieler soziokultureller Charakteristika moderner Gesellschaften mit einer offensiven Nutzung moderner Technologien und Organisationsformen.

die die Phänomene die Protestforschung stellen, und entwickelt Thesen, wie diese Herausforderungen jenseits gängiger Theorieansätze und Methoden produktiv gewendet werden können.

Es versteht sich, dass in solchen bewusst irrationsoffen gehaltenen experimentellen Deutungsperspektiven Irrtümer ebenso wenig ausgeschlossen sind wie unaufgelöste Widersprüche. Entsprechend sind auch Kontroversen, die auch innerhalb unseres Forschungszusammenschlusses fortbestehen,²⁹ unumgänglich, wo nicht Selbstverständlichkeiten und Selbstverständnisse reproduziert, sondern wissenschaftliche Deutungs- und Erklärungsmöglichkeiten erweitert werden sollen. Die wissenschaftstheoretische Binsenweisheit, dass Phänomene und empirische Befunde sich nie selbst deuten, weshalb jedes sozialwissenschaftliche Verstehen und Erklären Motive, Kausalitäten, Bedingungsverhältnisse, Gesetzmäßigkeiten und Strukturprinzipien nie nur verzeichnen kann, sondern immer *konstruieren* muss, hat dabei auch politische Relevanz. Ein Ausgangsproblem unseres Forschungszusammenschlusses war es, dass eine bestimmte Form akademischer Expert*innenkultur, wie sie gerade in bisherigen Debatten um *Pegida* in Dresden zu beobachten war, selbst ein Teil der an *Pegida* beobachtbaren Widersprüche, Krisendynamiken und Problemlagen ist und daher kaum einen Beitrag zu ihrer Lösung leisten wird. Egal ob die Expert*innen sich als akademische „Veredler des empirisch vorgefundenen Volkswillens“ andienten (Patzelt 21.1.2015), als „mediale Auskunftgeber“ (Vorländer et al. 2016: 3) nur sachlich neutrale Fakten zu berichten vorgaben oder mit wahlweise pastoraalem oder professoralem Gestus versprachen, als über den Dingen schwebende Vermittler wechselseitige Missverständnisse aufzuklären und Meinungsdifferenzen zu versöhnen – allzu oft dominierte ein elitäres Wissenschaftsverständnis, dass eine überlegene Deutungsposition beanspruchte. Das ist nur eine andere Variante eben jenes elitären und im Grenzfall autoritären Glaubens an den *einen* richtigen Standpunkt jenseits aller Ambivalenzen und Konflikte, wie er in vielen Beiträgen dieses Bandes auch in den Orientierungen *Pegidas* identifiziert und als Moment der hinter *Pegida* stehenden Problemkonstellationen interpretiert

29 So gab es über die Fundamentalismus-These Kontroversen, die nicht abgeschlossen sind. Ebenso wenig bestand Einigkeit darüber, ob jede theoretische und historische Umwegeklärung in Heims Versuch, das Verhältnis von *Pegida*, Medien, professioneller Politik und Zivilgesellschaft in verschiedenste strukturelle Paradoxien, Widersprüche und Entwicklungsdynamiken von Repräsentativdemokratien, nationalem Sozialstaat, Konsumgesellschaft und globalem Kapitalismus einzuordnen, wirklich nötig für das Verständnis des Gegenstands war, oder ob dieser ‚Welterklärungstext‘, wie er ironisch genannt wurde, nicht über das Ziel hinausschießt.

wird.³⁰ Demgegenüber gehen wir davon aus, dass die fachlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Sozialwissenschaften es ihnen *nicht* erlauben, einen Standpunkt über den Dingen einzunehmen, von dem her sie den übrigen in den Niederungen des Alltags befangenen Akteur*innen die Welt erklären könnten. Bestenfalls können Sozialwissenschaftler*innen ihre besonderen Kompetenzen und Privilegien – die Zeit für die Herstellung von Zusammenhängen und Begriffsarbeit, die Techniken von Reflexion, methodischer Kontrolle und begrifflicher Darstellung etc. – in das Getümmel der anstehenden und laufenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einbringen. Dabei können sie Deutungsperspektiven und Reflexionsmöglichkeiten vorschlagen, um die gesellschaftliche Auseinandersetzungen und die notwendige Austragung von Konflikten um die Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen zu katalysieren, was aber etwas anderes ist, als sie mit Objektivitätsanspruch zu entscheiden. Entsprechend bietet dieser Band auch keine einheitliche, konsensfähige Deutung und keine geschlossene Wahrheit, sondern kontroverse Deutungsangebote, die der Auseinandersetzung um das Phänomen *Pegida*, vor allem aber seiner Einordnung in umfassendere gesellschaftliche Zusammenhänge und Bedingungsgefüge, auch im Widerspruch oder in der möglichen Widerlegung einiger der vorgestellten Befunde und Thesen, neue Impulse verleihen sollen.

3 Zu den einzelnen Beiträgen

Der Text des Antifa Recherche Teams (ART) Dresden „*Pegida*: Entwicklung einer rechten Bewegung“ geht den anderen Beiträgen voran, da er einen ersten deskriptiven Überblick über wesentliche Hintergründe, Entwicklungsverläufe und Erscheinungen des Phänomens *Pegida* gibt, die in anderen Analysen des Bandes mitunter als bekannter Referenzrahmen der Argumentation vorausgesetzt werden. Er eignet sich daher auch besonders als Hintergrundtext für Leser*innen, die sich bisher noch nicht allzu sehr mit *Pegida* beschäftigt haben und mit Hintergründen und Charakteristika der Bewegung, die nicht in jedem Beitrag erneut erläutert werden können, nicht im Detail vertraut sind. Neben Informationen zum Anlass der Entstehung, zu Verlauf und Formen der Mobilisierung sowie zu den *Pegida* tragenden Personen und Organisationsformen bietet der Text einen Überblick über Entwicklungsphasen, über zentrale Inhalte der Reden und zum ambivalenten

30 Vgl. zur Deckung des elitär-autoritären Demokratieverständnisses bei *Pegida* und Teilen der akademischen und politischen Deutungseliten v. a. den Beitrag von Barp/Eitel i. d. B.

Verhältnis von *Pegida* und AfD. Darüber hinaus vermittelt er aber auch ein dichtes Bild der Stimmungslagen bei *Pegida*-Veranstaltungen.

Der Beitrag von Stefan Fehser behandelt unter dem Titel „Demaskierung und Kontinuitäten“ die Hintergründe und Bedingungen des Mobilisierungserfolgs von *Pegida* als Prozess der „Offenlegung und Entfesselung bestehender Dispositionen“. Was bei *Pegida* zutage tritt, ist der seit Jahren in sozialwissenschaftlichen Umfragen belegte Befund, dass es bei signifikanten Teilen der deutschen Bevölkerung neben Demokratieskepsis auch Tendenzen der Abwertung, ja des Hasses gegenüber Minderheiten gibt. *Pegida* wie die Erfolge der AfD sind nur eine öffentliche Manifestierung dieser Dispositionen. Indem die Einstellungen aber aus der Sphäre persönlicher Meinungen und Wertorientierungen heraustreten und öffentlich artikuliert werden und Gehör finden, bewirkt das eine Entfesselung der Dispositionen, die sich vermehrt auch in Handlungen niederschlagen.

Blicken das ART und Fehser zunächst von außen auf *Pegida* und die Hintergründe, führt der Text von Phillip Knopp „Abstand halten. Zur Deutung gesellschaftlicher Krisen im Diskurs *Pegidas*“ in die Innenwelten der Weltdeutungen, Orientierungen und Inhalte ein, die bei *Pegida* artikuliert werden. Dafür werden die Reden als zentrales Medium der Vergemeinschaftung und der Selbstexplikation einer kritischen Diskursanalyse unterzogen. Was sind die Inhalte, Deutungsmuster und Kollektivsymboliken, die das ‚normale Volk‘ allmorgendlich zu frenetischem Jubel und zustimmenden Sprechchören veranlassen? Im Fokus der Analyse steht die Verbindung spezifischer Deutungen multipler gesellschaftlicher Krisenphänomene mit der Konstruktion einer kollektiven Identität. *Pegida* knüpft an die Permanenz medialer und politischer Notstandsdiskurse an, schöpft daraus ein Mobilisierungspotenzial und bietet ein exklusiv-solidarisches, rassistisches, chauvinistisches und nationalistisches Deutungsangebot. In einer Logik des Othering (i. S. von Said) werden verschiedenste Krisenursachen auf multiple als ‚Andere‘ markierte Gruppen projiziert, was zugleich ex negativo die Grundlage der sonst unbestimmten ‚Wir‘-Identität konstituiert und durch Deutungsmuster eines ‚inneren Bürgerkriegs‘ und einer multiplen Verschwörung der Eliten gegen ‚das Volk‘ dramatisch zugespitzt wird. Deutlich wird an den Diskurssträngen ‚Politik‘, ‚Kultur‘ und ‚Soziales und Wirtschaft‘ aber auch, dass diese Deutungsmuster kein genuines Produkt *Pegidas* sind. Der Verteidigungskampf des deutschen Leistungs- und Wohlstandskollektivs gegen multiple Bedrohungen, zu denen neben Migran*innen und Ländern der europäischen Peripherie auch weite Teile der eigenen Bevölkerung zählen, greifen Muster des neoliberalen Diskurses von SPD und Grünen zum ‚aktivierenden Sozialstaat‘ auf, und auch rassistische Kollektivsymboliken des ‚faulen Südländers‘ sind aus jüngeren Diskursen zur ‚Euro-Krise‘ vertraut.

Während sich hier also auch zeigt, wie weit die an *Pegida* als ‚rechts‘ charakterisierten und abgelehnten Deutungsmuster zum festen Inventar ‚normaler‘ hegemonialer Diskurse in Massenmedien und Politik gehören, arbeitet der Beitrag von Francesca Barp und Hannah Eitel heraus, wie eine Auseinandersetzung mit eben dieser Problematik durch spezifische Semantiken und Deutungsschemata blockiert wird. Knopps Analyse der ‚Innenperspektive‘ wird so eine Analyse der Perspektiven auf *Pegida* zur Seite gestellt, die nach epistemologischen Grenzen und Paradoxien dieser Diskurse fragt. Die große Rolle, die im akademischen und politischen Diskurs sächsischer Eliten um *Pegida* die Aussage spielt, dass die Mehrzahl der ‚Spaziergänger*innen‘ ‚normale Bürger*innen‘ aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘ seien, zeigt dabei die Dominanz des Extremismus-Paradigmas, in dem die Kategorie der ‚Normalität‘ impliziert, dass die ‚Normalen‘ eben keine ‚Rechtsextremen‘, mithin keine Rassist*innen und Chauvinist*innen sein können. Während *Pegida* und die Mehrheitsgesellschaft derart entlastet werden, werden verbleibende Probleme und politische Konflikte ausschließlich auf das als ‚extremistisch‘ kritisierte Orga-Team projiziert. Diese Erklärungs- und Deutungsversuche *Pegidas* bleiben analytisch und praktisch unzureichend. Da sie nur entweder abgewerteten Randpositionen Extremismus attestieren oder diffus eine per Definition demokratische Mitte beschwören können, verhindern sie eine Auseinandersetzung mit den Dispositionen der Mehrzahl der *Pegidas*spaziergänger*innen. Indem diese als ‚normale demokratische Mitte‘ definiert werden, deren Positionen die Politik berücksichtigen müsse, werden rassistische, exklusorische und nationalistische Inhalte bei *Pegida* verharmlost und in das Feld der akzeptablen und durch die politischen Eliten zu vertretenden Einstellungen integriert.

Der Beitrag „So geht sächsisch!‘ *Pegida* und die Paradoxien der ‚sächsischen Demokratie‘“ von Maria Steinhaus, Tino Heim und Anja Weber sucht Antworten auf die Frage, was *Pegida* gerade in Sachsen einen so durchschlagenden Mobilisierungserfolg verschaffte und warum es der Landespolitik bis heute schwer fällt, einen adäquaten Umgang mit der Bewegung zu finden. Die Hintergründe werden in spezifischen Traditionen und Strategien sächsischer Politik bzw. Politikvermeidung verortet, die jenen Formen von Politik, die im Beitrag von Ullrich als postdemokratisch gedeutet werden, eine schärfere Ausprägung verleihen. Die genealogische ‚Vorgeschichte‘ und die strukturellen Hintergründe dieser Zusammenhänge werden an politischen und medialen Diskursen und politischen und juristischen Praxen herausgearbeitet. Der oft kritisierte ausgeprägten Konservatismus und Chauvinismus der sächsischen CDU reicht dabei gerade nicht aus, um zu erklären, warum es der Landesregierung nicht mehr gelingt, die patriotischen, nationalistischen, chauvinistischen und völkisch-identitären Dispositionen, die sie lange beschworen hat, erfolgreich zu adressieren und zu integrieren. Die Hintergründe liegen in

einem komplexeren Problemgeflecht, das aus der Verbindung eines ausgeprägten, aber letztlich apolitischen Konservatismus mit einer postpolitischen, neoliberalen Regierungspraxis resultiert, was in einen eskalierenden Widerspruch führt. Die neoliberale Regierungspraxis, die Politik durch Verwaltung (Neutralisierung, Bürokratisierung) eliminiert und verbleibenden politischen Dissens (etwa mit dem Extremismusbegriff) marginalisiert und kriminalisiert, kann die Verheißungen einer ultrakonservativen Rhetorik, die (auch zur Adressierung evangelikaler Wählermilieus) auf ausgeprägte nationalistische, patriotische, patriarchale und chauvinistische Obertöne und völkisch-identitäre Untertöne setzt, gerade nicht erfüllen, auch da die Verwaltungspraxis an Bundes- und EU-Recht gebunden bleibt. *Pegida* greift zahlreiche Narrative aus dieser ultrakonservativen Traditionslinie auf und reproduziert insbesondere den von der CDU seit Biedenkopf gepflegten Sachsen-Exzeptionismus in übersteigerter Form. Dabei kann die keiner Regierungsverantwortung verpflichtete Bewegung in vielen anderen Bereichen deutlich konsequenter auftreten als die CDU, während die sächsische Regierung keine politische Gegenposition zu dieser konsequenteren Variante ihrer eigenen Programmatik beziehen kann.

Das anschließende Interview von Claudia Jerzak mit Justus H. Ulbricht, einem Moderator kommunalpolitischer Bürger*innenversammlungen in Sachsen, und der Text „Mobile Beratung – ein Ansatz zur Demokratisierung im Gemeinwesen“ von Petra Schickert und Markus Kemper vom Kulturbüro Sachsen e. V. waren ursprünglich mit dem jetzt am Anfang des Bandes stehende Text des ART für einen separaten Dokumentationsteil vorgesehen. Auch diese Texte fügen sich letztlich aber trotz des deutlich anderen Charakters der Textsorten an dieser Stelle gut in den Band ein, gerade weil sie in vielerlei Hinsicht einen deutlichen Kontrast und Gegenakzent zur Position von Steinhaus, Heim und Weber setzen. Deren Problemanalyse rückt u. a. die jahrzehntelange Marginalisierung und Kriminalisierung von zivilgesellschaftlichen Engagement, Protest und antirassistischer Arbeit im Freistaat in den Fokus und wirft ein kritisches Licht auf die Form der von der sächsischen Staatskanzlei veranstalteten Dialogforen mit *Pegida*-Teilnehmenden. Demgegenüber zeigen die Texte von in der Praxis von Dialogforen und mobiler antirassistischer Arbeit im Freistaat beteiligten Akteur*innen neben den Problemen, Grenzen und Hindernissen, mit denen sie in ihrer Arbeit konfrontiert sind, auch die vielfältigen Perspektiven und Möglichkeiten, in denen Konflikt- und Demokratiefähigkeit gestärkt, Auseinandersetzungen in Gemeinden moderiert und lokale Initiativen der Geflüchtetenhilfe sinnvoll unterstützt werden können. Zugleich setzen beide Texte einen wichtigen Akzent, indem sie auf andere Teile der Zivilgesellschaft sowie andere Einstellungsmuster und Dispositionen in der sächsischen Bevölkerung

abheben, die bei einer einseitigen Fokussierung des Blicks auf *Pegida* auch in der Presseberichterstattung allzu oft aus dem Blick geraten.

Gegenüber der bis zu diesem Punkt des Bandes ausgeprägten Fokussierung auf *Pegida* und die Spezifik sächsischer Verhältnisse erinnert der Text von Peter Ullrich daran, dass *Pegida* und die an und bei *Pegida* sichtbar werdenden Verwerfungen keineswegs auf Sachsen beschränkte Probleme sind. Sie zeigen vielmehr einen generellen Wandel der Protestkultur und der Formen sozialer Bewegungen, der auch an anderen jüngeren Protesten sichtbar wurde und auf spezifische gesamtgesellschaftliche Problemlagen und Transformationen verweist. Wie der Titel – „Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung“ – nahelegt, geht es dabei um die Einordnung *Pegidas* in einen generellen Zusammenhang zwischen jüngeren sozialer Bewegungen und Protestformen und den veränderten Formen und Entwicklungsdynamiken moderner Demokratie. Insbesondere wird die Frage verfolgt, wie Veränderungen und neue Charakteristika im Gesellschaftsbezug und in den Selbstverhältnissen kollektiver Protestakteur*innen mit der schon länger verzeichneten ‚Krise der Repräsentation‘ und Debatten um eine ‚Demokratisierung der Demokratie‘ interagieren. *Pegida* wird dabei mit anderen aktuellen Bewegungen (Occupy, Mahnwachen für den Frieden/Montagsmahnwachen) in Vergleichsbeziehungen gesetzt um zu fragen, ob und inwiefern sich in postdemokratischen Verhältnissen ein neuer Bewegungstyp herausbildet, der von früheren Protestformen durch eine gesteigerte politische Entfremdung und spezifische Web-2.0-geprägte Subjektivitäten unterschieden ist. *Pegida* und andere Bewegungen gelten dabei als dreifacher Ausdruck postdemokratischer Verhältnisse, indem sie sowohl als Reaktion auf die Postdemokratie wie auch als Kritik an der Postdemokratie verstanden werden können, zugleich aber immer auch selbst als Verkörperung postdemokratischer Strukturen und entsprechender Subjektformierungen erscheinen. Diese Tendenzen werden schließlich auch mit autoritären Krisenbewältigungsstrategien in Beziehung gesetzt, die sich im gegenwärtigen politischen und polizeilichen Umgang mit Protest zeigen.

Während Ullrichs Beitrag die Forschungslücken und begrifflichen und theoretischen Herausforderungen betont, vor die *Pegida* und andere neuere Bewegungen die Protestforschung stellen, macht der Beitrag von Marc Drobot und Martin Schroeder ein klassisches Konzept der Analyse und Erklärung genuin moderner Bewegungen fruchtbar, indem unter dem programmatischen Titel „Wie man bekämpft, was man selbst repräsentiert“ *Pegida* als eine fundamentalistische Gruppierung analysiert wird. An verschiedenen Strukturmerkmalen der klassischen Fundamentalismusforschung und -theorie wird gezeigt, welche diskursiven, funktionslogischen und strukturellen Merkmale den Dresdner Demonstrationszusammenhang als fundamentalistisches Projekt ausweisen. Als Massenmobilisierungen mit auto-

ritärem Charakter und absoluten Wahrheitsansprüchen, die sich auf Narrative einer konstruierten Tradition kultureller Lebensführung stützen und dabei ein überaus ambivalentes Verhältnis zur gesellschaftlichen Moderne unterhalten, lässt sich *Pegida* dabei in ebenso provokante wie erhellende Vergleichsperspektiven mit dem christlichen, aber auch dem islamistischen Fundamentalismus bringen. Darüber hinaus ordnet der Text den spezifischen Fundamentalismus *Pegidas* aber auch in umfassendere gesellschaftliche Krisen der Geopolitik und der Funktion des Nationalstaats im globalen Kapitalismus ein. Der Umgang mit Geflüchteten und der gegen sie – keineswegs nur von *Pegida*, sondern auch von hegemonialen Strömungen in der Politik – geführte Abwehrkampf, ist dabei nur ein Symptom.

Der Beitrag von Louisa Keller und David Berger „*Pegida* entdemokratisiert – zur Instrumentalisierung von Angst im öffentlichen Raum“ analysiert die Funktionen und Effekte, die es hat, wenn die fundamentalistischen Ansprüche, Forderungen und Positionen einer letztlich undemokratischen, autoritären, in vielen Äußerungen menschenfeindlich auftretenden Bewegung vor allem in um ‚Ängste‘, ‚Sorgen‘ und Sicherheitsempfindungen der *Pegida*-Teilnehmenden zentrierten Narrativen thematisiert werden. Der Befund, dass die im Angstnarrativ transportierten und durch es gestützten Inhalte meist keine subjektiven Angstempfindungen sind, sondern ethnozentrische, chauvinistische und oft rassistische Ressentiments und Forderungen, stellt vor die Frage, ob diese überhaupt sinnvoll als ‚Angst‘ thematisierbar sind. Die Spezifik der Angstkommunikation bei *Pegida* erschließt sich im Unterschied zu anderen Modi der Angstkommunikation – etwa in analytischen Diskursen, Risikoabwägungen oder therapeutischen Gesprächen –, die stets auf eine Versachlichung des Umgangs mit und auf den Abbau von Ängsten zielen. Demgegenüber wird ‚Angst‘ bei *Pegida* als *politisches Argument* behandelt, wobei an ein subjektives Unsicherheitsempfinden weitreichende Forderungen geknüpft werden, die durch das Angstnarrativ gegen Widersprüche und Sachargumente abgeschirmt werden. Das subjektive Angst- und Unsicherheitsempfinden kann unabhängig von realen Gefahren und Risiken nicht in Frage gestellt werden und ist als solches nicht verhandelbar. Abschließend werden an Fragen nach Recht und Sicherheit im öffentlichen Raum exemplarisch die Folgen einer solchen Angstkommunikation illustriert. Werden die an das Angstnarrativ gebundenen Forderungen nach einer Rücksicht auf das Sicherheitsempfinden einer Gruppe, die sich durch ‚Fremde‘ bedroht fühlt, verabsolutiert, hat dies Konsequenzen, die die Interessen und die Sicherheit anderer Gruppen massiv einschränken und gefährden.

Der abschließende Beitrag des Herausgebers „Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen“ ordnet zentrale Befunde, Diagnosen und Analysen dieses Bandes in umfassendere Zusammenhänge, strukturelle Widersprüche und Entwicklungstendenzen moderner Vergesellschaftung ein.

Insofern die meisten *Pegida*-Reden bei aller Abgrenzung von ‚Lügenpresse‘ und ‚Volksveräthern‘ Collagen aus Originalzitaten etablierter politischer Positionen und dominanter Muster politischer und medialer Diskurse sind, erscheinen *Pegida* und hegemoniale politische und mediale Diskurse eher als Doppelgänger und ‚epistemologische‘ Komplizen, was Thesen einer simplen ‚Repräsentationslücke‘ widerspricht und komplexere Erklärungen für die wechselseitigen Entfremdungen und Feindsetzungen erfordert. Hinter den am Verhältnis von *Pegida*, Politik und Medien hervortretenden Paradoxien stehen strukturelle und historisch-genealogische gesellschaftliche Zusammenhänge und Widersprüche zwischen globalen kapitalistischen Akkumulationslogiken, nationalstaatlichen Regierungspraxen sowie repräsentativdemokratischen, konsumgesellschaftlichen und sozialstaatlichen Teilhabeformen. Diese befinden sich seit Dekaden in einer sich zuspitzenden multiplen strukturellen Krise, in der die Krisen der (neo)liberalen Repräsentativdemokratie, der nationalen Sozialstaaten, der Staatshaushalte, der europäischen Integration oder auch die hinter der sogenannten ‚Migrationskrise‘ stehenden geopolitischen, ökonomischen und ökologischen Fluchtursachen nur verschiedene Aspekte einer generellen Krise unseres globalen Produktions-, Konsum- und Wachstumsmodells bilden. Während damit offene politische Konflikte um die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen für die Gestaltung der globalen Zukunft historisch drängender denn je wären, erreicht die Trennung der nationalstaatlichen Politik von den Einflussmöglichkeiten auf die Parameter globaler wirtschaftlicher, geopolitischer und soziokultureller Dynamiken eine neue Stufe. Dadurch verschärfen sich auch die der liberalen Repräsentativdemokratie von jeher immanenten Tendenzen und Zwänge zur faktischen Enteignung und Entmündigung der Bevölkerung von objektiven und subjektiv wahrgenommenen Möglichkeiten aktiver politischer Partizipation. An tragfähigen Konzepten für eine Neugestaltung der globalen gesellschaftlichen Verhältnisse fehlt es der professionalisierten Politik dabei ebenso, wie der postdemokratischen Empörungsbewegung *Pegida*. Beide verbindet vielmehr ein geteiltes Interesse, in eskalierenden globalen Krisenkonstellationen den Status quo und die privilegierte geopolitische Position Europas und Deutschlands zu verteidigen. Anstelle lösungsorientierter Debatten über Problemzusammenhänge treten dabei projektive Bilder kollektiver Identitäten, die gegen vermeintlich äußere Bedrohungen verteidigt werden müssen. *Pegida* wie die etablierte Politik greifen dabei auf dieselben rassistischen, nationalistischen, chauvinistischen und sexistischen Kategorien und Segregationsprinzipien zurück, die von jeher symbolischer Ausdruck und funktionales Erfordernis der modernen Vergesellschaftungsformen von kapitalistischer Weltwirtschaft und nationalstaatlicher Politik waren. Die letzten Konsequenzen eines dem entsprechenden postdemokratischen Migrationsregimes sind in der offiziellen Politik aber derzeit (noch) nicht offen formulierbar, da sie

die letzten Restbestände der modernen universalistischen Legitimationsnarrative („Menschenrechte“ etc.) erodieren müssten. Während *Pegida* die Verantwortung für die Konsequenzen, die den Worten Taten folgen lassen, an „die Politik“ delegiert, kann diese ihre universalistischen Ansprüche nur mehr qua Abgrenzung vom offeneren Rassismus und Autoritarismus *Pegidas* behaupten. Die wechselseitigen Abgrenzungen und Feindsetzungen fungieren als einer von vielen Verdrängungsmechanismen und politischen Übersprunghandlungen, um anstehende Entscheidungen erneut zu vertagen oder ihre Konsequenzen zu kaschieren. Ein alternativer Umgang mit den bei *Pegida* hervortretenden Ressentiments und mit den realen geopolitischen Herausforderungen, deren Menetekel die derzeitige Migrationskrise ist, erfordert die Öffnung gesellschaftspolitischer Diskurse für Fragen nach prinzipiellen Alternativen zu den bestehenden politischen und ökonomischen Formen der Vergesellschaftung.

Literatur

- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1992): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin.
- Bangel, Christian (1.12.2014): Die deutsche Blase. Die Integrationsgipfel der Regierung erwecken den Eindruck, es ginge nur noch um das Wie der Integration. Ein Irrtum. Es sind noch bestürzend viele Grundsatzfragen offen. In: ZEIT Online. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-12/integrationsgipfel-islam-kommentar>. Zugriffen: 14.3.2016.
- Benz, Wolfgang (2013): Ansturm auf das Abendland? Zur Wahrnehmung des Islam in der westlichen Gesellschaft. Wien.
- Bourdieu, Pierre (1988): Homo Academicus. Frankfurt a. M.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude/Chamboredon, Jean-Claude (1991): Soziologie als Beruf: Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis. Berlin.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.
- Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben. Hamburg.
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neubert, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. IpB working papers. Berlin.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn.
- Foucault, Michel (1999): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975-76. Frankfurt a. M.

- Franzmann, Simon Tobias (2015): „Aufgespießt“. Was uns die Europäische Wertestudie über PEGIDA verraten kann. In: MIP, Jg. 21, S. 144-147.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte (10 Bde.) (hg. von Wolfgang Fritz Haug et al.). Hamburg.
- Heim, Tino (2013): Metamorphosen des Kapitals. Kapitalistische Vergesellschaftung und Perspektiven einer kritischen Sozialwissenschaft nach Marx, Foucault und Bourdieu. Bielefeld.
- Heim, Tino/Wöhrle, Patrick (2015): Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus. In: Ackermann, Jan/Behne, Katharina/Buchta, Felix/Drobot, Marc/Knopp, Philipp: Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit. Wiesbaden, S. 13-70.
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002ff.): Deutsche Zustände (10Bde.). Frankfurt a. M.
- Jacobsen, Lenz (2.12.2014): Wer ist hier das Volk? In: ZEIT Online. www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/pegida-dresden-protest-islamisierung/komplettansicht. Zugegriffen: 7.4.2016.
- Jäger, Siegfried/Kellershohn, Helmut/Pfennig, Joachim (1993): SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. Duisburg.
- Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (Hg.) (1993): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg.
- Jennerjahn, Miro (2015): Die Methode Patzelt – Anmerkungen zu Patzelts Auseinandersetzung mit PEGIDA. <http://www.miro-jennerjahn.eu/480/die-methode-patzelt-anmerkungen-zu-patzelts-auseinandersetzung-mit-pegida/>. Zugegriffen: 14.8.2015.
- Laclos, Ernesto (2002): ‚Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?‘. In: Ders. (Hg.): Emanzipation und Differenz. Wien, S. 65-78.
- Link, Jürgen (1993): Der Orient im Mediendiskurs – aktuelle Feindbilder und Kollektivsymbolik. In: Lüders, Michael (Hg.): Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt. München, S. 277-297.
- Link, Jürgen (1995): Grenzen des flexiblen Normalismus? In: Schulte-Holtey, Ernst (Hg.): Grenzmarkierungen. Normalisierung und diskursive Ausgrenzung. Duisburg, S. 24-39.
- Link, Jürgen (2013): Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart (Mit einem Blick auf Thilo Sarrazin). Konstanz.
- Luhmann, Niklas (1987): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a. M.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a. M.
- Patzelt, Werner J. (21.1.2015): „Edel sei der Volkswille“. In: FAZ. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-verortung-von-pegida-edel-sei-der-volkswille-13381221.html>. Zugegriffen: 22.7.2015.
- Patzelt, Werner J. (2015a): Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? Vergleichende Analyse der Pegida-Demonstrationen vom 25. Januar, 27. April und 04. Mai 2015. TU Dresden. https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf. Zugegriffen: 7.4.2016.
- Patzelt, Werner J. (2015b): Die „Methode Jennerjahn“ und die „Methode Patzelt“. In: etc. pp – Patzelts Politik. Der Politikblog von Werner J. Patzelt. <http://wjpatzelt.de/?p=415>. Zugegriffen: 22.8.2015.

- Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus in Europa. Bonn, S. 59-80.
- Reuband, Karl-Heinz (2015): Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. In: MIP, Jg. 21, S. 133-143.
- Rucht, Dieter (23.1.2015): Wie viele haben demonstriert? In: Institut für Protest- und Bewegungsforschung beim WZB. <http://protestinstitut.eu/2015/01/23/wie-viele-haben-demonstriert/>. Zugegriffen 22.11.2015.
- Rydgren, Jens (2006): Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus in Europa. Bonn, S. 165-190.
- Vester, Michael (2006): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg.) (2006): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, S. 243-293.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden.
- Wichert, Frank (1995): Die konjunkturelle Entwicklung des Themas Asyl im deutschen Bundestag. In: Schulte-Holtey, Ernst (Hg.): Grenzmarkierungen. Normalisierung und diskursive Ausgrenzung. Duisburg, S. 99-118.

Pegida als Spiegel und Projektionsfläche
Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida,
Politik, Medien, Zivilgesellschaft und
Sozialwissenschaften
Heim, T. (Hrsg.)
2017, VI, 450 S. 13 Abb., 6 Abb. in Farbe., Softcover
ISBN: 978-3-658-13571-3